

am 20. Februar
Bürgerschaftswahl
in Hamburg



Generationengerechtigkeit

Erstes EU-Maßnahmenpaket verabschiedet
S. 10

Altern in Würde:
Altersarmut vermeiden
S. 12

Kleine Sensation

Positive Entwicklung der Rentenversicherung
S. 16

>> Arbeitnehmer-Konferenzen

Die CDA führt in den nächsten Monaten mehrere Arbeitnehmer-Konferenzen durch. Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann freut sich auf eine rege Beteiligung. Bisher sind folgende Termine geplant:



- 07.02.** Arbeitnehmerkonferenz in Staßfurt für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen
- 14.02.** Arbeitnehmerkonferenz in Hannover für die Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein
- 14.03.** Arbeitnehmerkonferenz in Berlin für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern
- 15.03.** Arbeitnehmerkonferenz in Mannheim für Baden-Württemberg, Hessen und Saarland
- 18.03.** Arbeitnehmerkonferenz in Kruft bei Koblenz für Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen
- 02.05** Arbeitnehmerkonferenz in Leverkusen für Nordrhein-Westfalen

Wer zu den Arbeitnehmerkonferenzen eingeladen werden möchte, schickt eine Mail an: orga@cda-bund.de.

Bitte nicht vergessen, an welcher Konferenz man teilnehmen will. Rechtzeitig vor der Konferenz wird die Einladung mit weiteren Informationen verschickt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir können mit deutlich mehr Zuversicht in das Jahr 2011 gehen, als es zu Beginn des vergangenen Jahres der Fall gewesen ist. Die erfreulichen Perspektiven sind, glaubt man den Experten, sicherere Arbeitsplätze und Netto-Lohnzuwächse. Diese positive Entwicklung ist auch als Stimmung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angekommen. So sieht aktuell lediglich noch jeder Neunte seinen Job gefährdet, vor einem Jahr war es noch jeder Fünfte.

Die Prognosen gipfeln sogar in der Voraussage eines zumindest partiellen Arbeitskräftemangels. Für Unternehmen wird es künftig keine Selbstverständlichkeit mehr sein, die gewünschte Arbeitskraft bei Bedarf aus einem vorhandenen Angebot an Bewerbern abzurufen zu können. Verursacht durch die demografische Entwicklung und gleichzeitig die fehlende Ausschöpfung vorhandener Potenziale werden Fachkräfte bald gesucht und umworben sein. Die vorschnelle Forderung nach einer Senkung der rechtlichen Hürden für Zuwanderung erwächst teilweise auch aus der Illusion, den alten bequemen Zustand aufrechterhalten zu können. Zum Thema „Fachkräftemangel“ hat die Arbeitnehmergruppe in einem ausführlichen Positionspapier Stellung genommen.

Die sich abzeichnende Umkehr der Vorzeichen ist keineswegs nur eine Chance für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch

für die Betriebe. Zu lange sind in ökonomischen Theorien die menschliche Arbeitskraft auf die Dimension einer Kostenstelle reduziert und die dauerhafte Bindung zwischen Unternehmen und ihren Beschäftigten als Flexibilitätshindernis abgetan worden. Gerade für eine Exportnation wie Deutschland, die von guten Ideen und der zuverlässigen Qualität der Arbeit lebt, ist das der falsche Weg.

Ein Ergebnis: Deutschland ist inzwischen Netto-Exporteur qualifizierter Fachkräfte. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung besagt, dass das Durchschnittsalter der Abwandernden 32 Jahre beträgt, in der Regel gut ausgebildete junge Menschen. Das mag nur andeuten, welchen Schaden die Praxis angerichtet hat, junge und gut qualifizierte Menschen über Jahre hinweg beim Berufseinstieg mit Praktika, befristeter Beschäftigung und Zeitarbeit zu verfrachten und ein Regelarbeitsverhältnis zu verwehren. Zulasten der deutschen Volkswirtschaft wohl gemerkt, nicht dieser jungen Menschen, die anderswo eine interessante Aufgabe gefunden haben. Die Arbeitnehmergruppe wird im Rahmen einer Fachtagung im März die Ursachen der negativen Wanderungsbilanz näher hinterfragen.

Das veränderte Nachfrage-Angebot-Verhältnis allein wird eine neue Sicht auf die Arbeit freilich nicht garantieren können. Womöglich findet sich immer noch jemand, der eine „Spirale nach unten“ lostritt und sich einen



Vorteil zu verschaffen versucht gegenüber anderen, die anständig mit ihren Beschäftigten umgehen. In der Pflege – einer Branche, über die in Verbindung mit fehlenden Arbeitskräften besonders häufig die Rede ist – war es zum Beispiel die SPD-nahe Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Essen. Diese stellte ausgebildete Altenpfleger über eine eigene AWO-Leiharbeitsfirma zum abgesenkten Lohn von Pflegehelfern ein. „Der Wettbewerb ist sehr hart“, so der zuständige Geschäftsführer dazu lapidar.

Die Christlich-Sozialen werden also auch im neuen Jahr gefragt sein, für eine humane und gerechte Arbeitswelt zu streiten.

Peter Weiß MdB
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

PRISMA



Jubiläum
25 Jahre EZA S.6

Ausgezeichnet
Oswald von Nell-Breuning-Preis für
Norbert Blüm S.6

CDA vor Ort
Arbeitnehmerkonferenzen S.7

Studie
Soziale Gerechtigkeit: Wo steht
Deutschland? S.7

TITEL



Generationengerechtigkeit
Erstes EU-Maßnahmenpaket
verabschiedet S.10

**Altern in Würde: Altersarmut
vermeiden** S.12

Schwieriges Würstchenschnappen
Gedanken zur
Erwerbsminderungsrente S.14

**Positive Entwicklung der
Rentenversicherung ist eine
kleine Sensation** S. 16

POLITIK



**Alle Bürgerinnen und Bürger im
Blick**
Bürgerschaftswahl in Hamburg S.8

Kolumbien
Brauksiepe: Handel und
Menschenrechte gehören
zusammen S.18

Indien
Schule für Steinbruch-Kinder
unterstützen S.19

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str.1
10115 Berlin

Redaktion:
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.)
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

Gestaltung
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Titel
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen
Abständen sechsmal im Jahr.
Namensartikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gül-
tige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

Druck
Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

POLITIK



**Zur Diskussion um die
Präimplantationsdiagnostik (PID)**
S.20

Minijobs – eine teure Alternative
S.22

**Neue Wege in die Qualifizierung
von Arbeitslosen und älteren
Arbeitnehmern**
S.23

CDA INTERN



**Julia Klöckner und die CDU-
Sozialausschüsse bei 1&1 in
Montabaur**
S.25

**CDA fordert von der CDU
schärferes soziales Profil**
S.26

Der Architekt der Einheit zu Gast
S.29

**WieSO!? – Der persönliche
Fragebogen**
Heute: Egbert von Frankenberg
S.31

Mitgliederservice
Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag
CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer
Dr. Markus Gloe

Fotos
IStockphoto, Romeo Deischl: BMAS,
Thomas Jachim, privat

SO! vor 50 Jahren



Der damalige Bundesvorsitzende der CDA Johannes Albers wirft den Blick auf die damals bevorstehende Bundestagung. Sie hatte den Leitgedanken „Christlich-sozial, unsere Zukunft“. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Eigentumspolitik, die Sozial- und Familienpolitik, die Steuerpolitik und die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik.

In Fragen der Eigentumspolitik habe der Staat nicht nur die Sparwilligkeit breiter Schichten der Bevölkerung anzuregen, sondern müsse auch „die Sparfähigkeit durch wirtschaftsordnende Maßnahmen stärken, um das Spannungsverhältnis zwischen Vermögenskonzentration bei wenigen und der Vermögenslosigkeit bei vielen herabzumindern“. Deshalb forderte die CDA, das Gesetz über die Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer zeitnah zu verabschieden. Aus der 1. Lesung des Regierungsentwurfs zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer werden die Reden von Bundeswirtschaftsminister Erhard, von Hans Katzer und Professor Dr. Burgbacher in dieser Ausgabe referiert, nachdem schon in der Ausgabe 1/1961 der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Theodor Blank die Bestimmungen des Entwurfes erläutert hatte.

Des Weiteren findet sich in der Ausgabe ein Bericht über den 6. Deutschlandtag der Jungen Arbeitnehmerschaft. Es wird die Zielsetzung betont: „Junge aktive Kernschar in den Sozialausschüssen zu sein und junge Arbeitnehmerpersönlichkeiten heranzubilden, die im gesellschaftlichen und politischen Raum bereit und fähig sind, Verantwortung zu übernehmen.“

JUBILÄUM

25 Jahre EZA

Mit einem Festakt am 17. Dezember 2010 im Maritim Hotel Königswinter feierte das Europäische Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) sein 25-jähriges Jubiläum. Festredner waren Armindo Silva, Direktor in der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der Europäischen Kommission, zuständig für sozialen Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel; Elmar Brok, MdEP und Vorsitzender der EUCDA, sowie Silke Striezel, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA.

Als weitere prominente Gäste waren unter anderen Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, Horst Langes, Ehrenpräsident der Robert Schuman-Stiftung, und Wilfried Menrad MdEP a.D. anwesend.

Ein Rückblick auf 25 Jahre EZA schilderte anschaulich den Enthusiasmus der Gründerväter in den bewegten Jahren vor der Schaffung des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen. Deutlich wurde ebenfalls die geografische Entwicklung von anfänglich 10 Mitgliedszentren – vor allem aus Deutschland und den Beneluxländern – hin zu 60 Vollmitgliedern, 2 assoziierten Mitgliedern



v.l.n.r.: Robert Weber (Vors. LCGB), Roswitha Gottbehüt, Ingrid Sehrbrock, Raf Chanterie (Komm. EZA-Präsident), Herbert Metzger

und 6 Beobachtern, die Europa in seiner gesamten geografischen Breite repräsentieren: von Portugal im Westen bis Bulgarien im Osten und vom Baltikum im Norden bis nach Malta im Süden. ■

AUSGEZEICHNET

Oswald von Nell-Breuning-Preis



Der ehemalige CDA-Bundesvorsitzende und frühere Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm erhält den mit 10.000 Euro dotierten Oswald von Nell-Breuning-Preis der Stadt

Trier. In seiner Begründung sagte der Oberbürgermeister von Trier, Klaus Jensen, die Jury würdige damit insbesondere den langjährigen, von gegenseitigem Respekt, Vertrauen und hoher Wertschätzung geprägten Gedankenaustausch zwischen Nell-Breuning als „Nestor der katholischen Soziallehre“ und dem herausragenden Sozialpolitiker Blüm. Zudem werde mit dem Preis auch das politische Lebenswerk Blüms gewürdigt. Blüm habe – so Jensen – auf dem Fundament der christlichen Soziallehre bei der Lösung elementarer Fragen aus der Arbeitswelt an entscheidender Stelle mitgewirkt. Die feierliche Preisübergabe ist für Anfang April 2011 geplant. Bisherige Preisträger waren der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhoff, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, das Päpstliche Hilfswerk „Cor Unum“ sowie die Brüder Hans-Jochen und Bernhard Vogel. ■

GEWERKSCHAFTSVEREINIGUNG

Aus TRANSNET und GDBA wird EVG



Die beiden Gewerkschaften TRANSNET und GDBA gibt es nicht mehr. Auf dem Gründungskongress am 1. Dezember in Fulda hat die neue Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG ihre Arbeit aufgenommen. Der Name soll die Verbindung zwischen Tradition und Aufbruch signalisieren. Die Gewerkschaft setze sich für eine nachhaltige Verkehrswende ein, so der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner. Das Ziel sei ein CO₂-freier Verkehr im Jahr 2050. ■

Homepage: www.evg-online.org

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE IN BERLIN

Neuer Hauptgeschäftsführer



Dr. Markus Gloe (36) ist ab 1. Dezember 2010 neuer Hauptgeschäftsführer der CDA Deutschlands. Der CDA-Bundesvorstand wählte den bisherigen CDA-Pressesprecher und gesellschaftspolitischen Referenten in seiner Sitzung Ende November zum Nachfolger von Martin Kamp, der bereits Ende Mai 2010 die CDA-Hauptgeschäftsstelle verlassen hatte. Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann gratulierte Markus Gloe und wünschte ihm für seine neue Aufgabe viel Erfolg.

Seit einem Praktikum bei der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter dem damaligen Vorsitzenden Gerald Weiß im Jahr 2001 ist er CDA-Mitglied. Vor seinem Wechsel in CDA-Hauptgeschäftsstelle im März 2010 war er Berufsschullehrer in Offenburg (Baden-Württemberg) und Akademischer Rat für Politikwissenschaft und Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Markus Gloe ist verheiratet und hat 2 Kinder. ■

Sie erreichen ihn
telefonisch unter 030/ 922511-140 oder
per mail unter mgloe@cda-bund.de

STUDIE

Soziale Gerechtigkeit: Wo steht Deutschland?

Die Bertelsmann-Stiftung kommt in ihrer Studie zur sozialen Gerechtigkeit in der OECD zu dem Ergebnis, dass die Bundesrepublik noch einigen Nachholbedarf hat. Lediglich auf einem Rang im Mittelfeld rangiert Deutschland in dem 31 OECD-Staaten umfassenden Gerechtigkeitsindex. Besonders Besorgnis erregend sei das Phänomen der Kinderarmut. Rund jedes neunte Kind lebe unter der Armutsgrenze. Damit seien soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben kaum möglich. Fatal ist auch das Abschneiden der Bundesrepublik hinsichtlich der



Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit. Dort erreicht die Bundesrepublik im OECD-Vergleich sogar nur den vorletzten Platz. ■

Die komplette Studie finden Sie unter: <http://kurl.biz/studie>

NEUE WEBSITE

Sozialwahl 2011: Vorbereitung

Mit dem Motto „Mit jedem Kreuz stärker. Christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit“ wirbt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmer-Organisationen in der Bundesrepublik (ACA) für eine Teilnahme an der Sozialwahl 2011. Die ACA ist ein Sprachrohr christlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Grundsätze einer christlichen Gesellschaftslehre, die auf der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik beruht. Die ACA setzt sich besonders ein für Freiheit und Menschenwürde in der Arbeitswelt, für Entscheidungsfreiheit,

Selbstverantwortung und Selbstgestaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als der weitaus größten Gruppe unseres Volkes – und dies vor allem in der sozialen Selbstverwaltung sowie mit und in den Gewerkschaften. Sie tritt ein für die freiheitliche, demokratische, rechts- und sozialstaatliche Ordnung im Rahmen unseres Grundgesetzes. ■

Das 32-seitige Wahlprogramm sowie weitere Informationen findet man unter:
www.sozialwahl.info
www.aca-online.de

Mit jedem Kreuz stärker. Christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit



Alle Bürgerinnen und Bürger im Blick Bürgerschaftswahl in Hamburg



Egbert von Frankenberg ist CDA-Landesvorsitzender in Hamburg und sozialpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Er kandidiert auf Platz 16 der CDU-Landesliste für die Bürgerschaftswahl am 20. Februar 2011.

Nach dem vorzeitigen Ende der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene stellen sich die Menschen in Hamburg die Frage, wie es trotz des guten Starts dieses parteipolitischen Modellprojekts letztendlich zum Koalitionsbruch

durch die Grün-Alternative-Liste (GAL), wie die Grünen hier heißen, kommen konnte.

Nach meiner Einschätzung haben die Grünen in Hamburg mit ihren Ideen und Projekten viel Unmut bei den Menschen und der eigenen Parteibasis erzeugt. Während die oppositionellen Grünen in Baden-Württemberg als Speerspitze der Protestbewegung gegen das Stuttgarter Bahnhofprojekt ihrem Wesen als „Dagegenpartei“ frönen konnten, befanden sich die GALier in Regierungsverantwortung. Doch Ende November 2010 gaben sie der Versuchung des demoskopischen Zustimmungshochs auf Bundesebene nach und beendeten die bis zum letzten Tag im politischen Alltag erfolgreiche schwarz-grüne Zusammenarbeit.

Allerdings ist „Hamburg 21“ nicht „Stuttgart 21“. Gerade in Hamburg und gerade im zurückliegenden Jahr richtete sich Volkes Zorn gegen die grünen Projekte. So scheiterte die von der grünen Bildungsbehörde entwickelte Schulreform im Juli 2010 nach einem Volksbegehren. Im vergangenen Herbst drohte mit der Wiedereinführung der Straßenbahn das nächste grüne Prestigeprojekt zu scheitern. Grund für den Unmut der Bürgerinnen und Bürger waren eklatante Planungsmängel durch die hiesige Stadtentwicklungsbehörde. Eine Behörde, die bis zum Ende der Koa-

lition von der Grünen Spitzenkandidatin für die vorgezogene Bürgerschaftswahl geführt wurde.

Dabei lässt sich gar nicht bestreiten, dass den genannten grünen Prestigeprojekten vernünftige Ideen zu Grunde lagen. Nach hanebüchenen planerischen Fehlern gelang es der GAL schlicht und ergreifend nicht, den Großteil der Hamburgerinnen und Hamburger von der jeweiligen Notwendigkeit zu überzeugen. Anders als in Stuttgart galt der Bürgerprotest in Hamburg den Grünen selbst. In dieser Rolle fühlte sich die grüne Seele aber überhaupt nicht wohl. Vielmehr war für die Öko-Opportunisten der Zeitpunkt gekommen, die politische Reset-Taste zu drücken und einen Neustart zu riskieren.

Für den laufenden Wahlkampf lautet daher unsere Devise: volle Konzentration auf unser Programm, unsere Stadt und unsere Wähler! Nach nunmehr fast zehn Jahren durchgehend CDU-geführter Landesregierungen in Hamburg möchte ich auf ausgewählte Maßnahmen und Projekte hinweisen, die wir auf dem Gebiet der Sozialpolitik nach dem Grundprinzip „Fördern und Fordern“ mit großem Erfolg umgesetzt haben.

Beim Vergleich der Armutsgefährdungsquoten der deutschen Großstädte nimmt Hamburg mittlerweile knapp hinter München einen Spitzenplatz ein. Der entsprechende Wert von Hamburg für 2009 ist mit 14,0 % nicht nur deutlich besser als in den anderen, SPD regierten Stadtstaaten Berlin mit 19,0 % und Bremen mit 20,1 %, sondern auch

niedriger als der Mittelwert aller Bundesländer mit 14,6 %.

Die Angebote, um die individuellen Problemlagen der Menschen zu überwinden, wurden unter den CDU-geführten Senaten seit 2001 fachübergreifend ausgebaut. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde von 2001 bis 2010 die verlässliche Kindertagesbetreuung massiv und im Resultat zur besten ihrer Art in den westdeutschen Bundesländern ausgebaut. 2003 wurde außerdem das Kita-Gutscheinsystem eingeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Handelns liegt auf der Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Das Ergebnis ließ sich in einer – in dieser Form in Deutschland einmaligen – repräsentativen empirischen Befragung wohnungsloser Menschen im Jahr 2009 nachlesen. Demnach haben wir in Hamburg zum Ende des Jahrzehnts im Verhältnis zu 2002 insgesamt 20 % weniger Obdachlose.

Auch in Hamburg steigt der Anteil an älteren Menschen stetig an, so lebten 2009 in der Stadt insgesamt 332.000 Menschen, die älter als 65 Jahre waren. Ein Meilenstein auf diesem Gebiet war das Anfang 2010 in Kraft getretene neue Heimgesetz. Durch dieses soll die Pflege transparenter, selbstbestimmter und qualitätsvoller werden. Ferner wurde in Hamburg seit Juli 2009 mit insgesamt neun Pflegestützpunkten ein neues Konzept der Beratung rund um das Thema Pflege umgesetzt.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Menschen mit Behinderung.



Das Hamburger Rathaus ist Sitz der Hamburgischen Bürgerschaft und des Hamburger Senats.

Unter den CDU-geführten Senaten hat sich Hamburg insbesondere im Rahmen der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zu einer Vorreiterin der Inklusion, der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen und beruflichen Alltagsleben, entwickelt. Der Haushalt für Leistungen der Eingliederungshilfe ist von 278,6 Millionen Euro in 2001 auf 331,1 Millionen Euro im Jahr 2009 angewachsen.

Von herausragender Bedeutung für das soziale Miteinander war unser Engagement bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei gibt es bei uns in der Hansestadt keine Diskussion über das „Ob“ von Integration, sondern nur Gespräche mit den Betroffenen über das „Wie“. 2002 wurde z.B. ein Integrationsbeirat eingerichtet,

der den Hamburger Senat zu integrationspolitischen Fragen konstruktiv und kritisch berät, die Umsetzung des Hamburger Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern begleitet und zu integrationsbezogenen Themen und Vorhaben Stellungnahmen abgibt.

Diese Punkte zeigen: CDU und CDA haben während der vergangenen zehn Jahre in Hamburg sozialpolitisch viel erreicht. Doch auf dem Erreichten wollen wir uns nicht ausruhen, sondern auch in Zukunft alles in unserer Macht stehende für die notleidenden und hilfebedürftigen Hamburgerinnen und Hamburger tun. Dieser Vorsatz ist uns Anspruch und Verpflichtung zugleich, um damit im laufenden Wahlkampf um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler in Hamburg zu werben. ■

Generationengerechtigkeit

Erstes EU-Maßnahmenpaket verabschiedet



Thomas Mann

Der hessische CDU-Europa-abgeordnete Thomas Mann ist Vizepräsident im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales und gehört sowohl dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung als auch dem Sonderausschuss für die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise an. Er ist der sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im EP.

Gerechtigkeit ist ein Thema für Menschen mit Werteorientierung. Bei der Generationengerechtigkeit möchte ich erreichen, dass Jung und Alt einander nicht ausspielen,

sondern aufeinander zugehen. Wir haben es selbst in der Hand, dass die Idee der Sozialen Marktwirtschaft im Alltag durch die Bürgern stärker erlebbar wird. Dazu gehören der Respekt voreinander und die echte Solidarität zwischen den Generationen. Dieses Denken ist mein Leitmotiv für einen Bericht, den ich im Auftrag des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales für das Europäische Parlament (EP) ausgearbeitet habe. Im September 2010 erhielt er im Ausschuss 38 Ja-Stimmen; zwei Abgeordnete stimmten dagegen. Im Plenum am 11. November stimmten 443 zu, 122 waren dagegen und 44 enthielten sich.

Erstmals werden auf europäischer Ebene konkrete Maßnahmen und Instrumente für jüngere und ältere Bürger in einem Paket gebündelt. Wir waren uns darin einig, dass Generationengerechtigkeit keine Worthülse bleiben darf, sondern durch konkrete Maßnahmen verwirklicht werden muss. Wir appellieren an die 27 Mitgliedstaaten, gute Rahmenbedingungen für eine gerechte Zukunft der Generationen zu schaffen.

Generationenbilanzen und Generationen-Checks

Um die Diskussion auf eine stabile, sachliche Grundlage zu stellen, empfehlen wir allen Mitgliedstaaten, Generationen-

bilanzen zu erstellen. Auf diese Weise können die Zahlungsströme zwischen den Jahrgängen sowie Leistungen und Belastungen jeder Generation verlässlich abgebildet und prognostiziert werden. Für die statistischen Ämter ist es ein Leichtes, Steueraufkommen, Sozialversicherungsbeiträge oder Rentenzahlungen für jede Altersgruppe zu berechnen.

Mit dem „Generationen-Check“ soll auf nationaler und europäischer Ebene eine Gesetzesfolgenabschätzung eingeführt werden. Sie informiert über die gewollten Auswirkungen und die ungewollten Nebenwirkungen bei der Belastung der Generationen.

Renten – national unterschiedlich, nicht europäisch einheitlich

Auch in Sachen Renten senden wir ein klares Signal: Die nationalen Altersgrenzen zur Rentenberechtigung müssen beibehalten werden! In Deutschland haben sich die Akteure darauf verständigt, die Rente schrittweise von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Dabei dürfen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, eine Beschäftigung aufzugeben, etwa aufgrund von willkürlich festgelegten Lebensaltersgrenzen. Im Oktober 2010 erteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seinem Urteil einem Zwangsruhestand ab dem Renteneintrittsalter eine klare Absage: Rentner dürfen sich auf offene Stellen bewerben und nicht aufgrund ihres Alters benachteiligt werden.

Europäischer Pakt 50 Plus

Für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fordern wir den „Europäischen Pakt 50 Plus“. Mit ihm sollen bis zum Jahr 2020 sollen folgende Ziele erreicht werden: 1. Die Erwerbstätigenquote von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über 50 soll von durchschnittlich 46% auf mehr als 55% steigen. 2. Die Frühverrentung und deren finanzielle Förderung müssen europaweit abgebaut werden. 3. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten Mittel für Menschen über 60 Jahre zur Verfügung stellen, damit sie länger auf dem Arbeitsmarkt tätig sein können. Dieser Pakt soll Realität in den Unternehmen werden, indem sich altersgemischte Teams an Arbeitsplätzen bilden. Die Kreativität der einen und die Erfahrung und Kompetenz der anderen sollen zum gemeinsamen Erfolg führen.

Europäische Jugendgarantie

Auf der anderen Seite der Altersskala stehen die jungen Menschen. In ihrem Interesse plädiere ich für eine „europäische Jugendgarantie“: Jedem Jugendlichen soll nach einer Arbeitslosigkeit von maximal vier Monaten ein Arbeitsplatz, eine Lehrstelle oder eine andere Ausbildungsmaßnahme angeboten werden. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ soll vorgegangen werden. Förderung ist keine Einbahnstraße: Die Jugendlichen müssen eine ausreichende Qualifikation mitbringen. Sollte sie nicht vorhanden sein, brauchen sie die Chance, diese zu erwerben. Denn

zur Beschäftigungswilligkeit gehört die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen.

2012 - das europäische Jahr des „aktiven Alterns“

Das „aktive Altern“ ist für uns der Schlüssel zum Erhalt der Solidarität. Im Mittelpunkt steht die Idee, dass ältere Menschen längerer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollen, wenn sie es wollen. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die EU-Kommission die Forderung aus meinem Bericht aufgegriffen und im September 2010 das Jahr 2012 zum Jahr des „aktiven Alterns“ ausgerufen hat. Das ist das richtige Signal zur richtigen Zeit!

Enge Verzahnung von Land, Bund und EU

Von Anfang an stand eine enge Verzahnung zwischen Bundes-, Landes- und Europa-Ebene im Vordergrund meines Berichts. Für den Entwurf erhielt ich Stellungnahmen von fast 200 Verbänden, Sozialpartnern und Unternehmen. Nach der Verabschiedung im Plenum des Europäischen Parlaments stellte ich den Bericht zunächst in zahlreichen Kreisverbänden in Hessen vor. In gemeinsamen Veranstaltungen von CDA, der Jungen Union, Senioren Union, Frauen Union und Mittelstandsvereinigung debattierten wir höchst engagiert, gelegentlich kontrovers und fast immer mit der Bereitschaft, weitere Bürger einzubeziehen. Die CDU kann über die Frage der Generationengerechtigkeit ihr Profil als Volkspartei schärfen, denn wir alle sind

von der Debatte betroffen. Für das Zukunftsthema „Generationengerechtigkeit“ wollen und werden christlich-soziale und andere Christdemokraten Vorreiter für Deutschland und Europa sein.

Veranstaltungen in ganz Deutschland

Aus den Bundesländern gab es bereits Anfragen für ähnliche Veranstaltungen. Ich freue mich auf viele Debatten mit Parteifreunden und interessierten Bürgern in den nächsten Wochen und Monaten. Bitte zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren: >thomas.mann@europarl.europa.eu. ■



Beitragsbescheinigung für das Jahr 2010

Die Bescheinigungen über die im Jahre 2010 an die CDA gezahlten Mitgliedsbeiträge und der Spenden werden – nach Freigabe durch den Steuerberater – im Februar verschickt.

Wenn Sie die Bescheinigung nicht bis zum 1.03. bekommen haben, dann melden Sie sich bitte unter der Telefon-Nr. **(030) 92 25 11-1 20** oder schicken eine Mail an: **mitgliederservice@cda-bund.de**.

Altern in Würde: Altersarmut vermeiden!



Altersarmut verstößt gegen das Gebot der Würde und der Gerechtigkeit – der sozialen Gerechtigkeit, der Leistungsgerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit. Jeder Mensch hat im Alter ein grundlegendes Recht auf Leben und auf die Sicherung seiner Existenz.

Gegen erhebliche Widerstände hatte sich Konrad Adenauer erfolgreich für ein System starkgemacht, das Altersarmut weitgehend beseitigte. Noch zeigen die Zahlen, dass Altersarmut in Deutschland eher ein Randthema ist. Lediglich 2,5 Prozent der über 64-Jährigen nahmen im Jahr 2009 die Grundsicherung in Anspruch. Der demografische Wandel ist aber unaufhaltsam. Und die Entwicklungen am Arbeitsmarkt könnten bei künftigen Rentnergenerationen zu einem weit verbreiteten Phänomen

der Altersarmut führen. Schon jetzt muss ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre arbeiten und Beiträge zahlen, um eine gesetzliche Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen; jemand, der zwei Drittel des Durchschnittsgehalts bekommt, sogar 41 Jahre. Das widerspricht dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit: Wer über Jahrzehnte hinweg gearbeitet und Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt hat, muss sich besser stellen als jemand, der nie oder nur zeitweise eingezahlt hat.

Die Anzahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse hat zugenommen, ebenso beeinträchtigen unterbrochene und abgebrochene Erwerbsbiografien zunehmend die Möglichkeit, einen auskömmlichen Rentenanspruch zu erwerben. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit dürfte zu einer Verschärfung der Alters-

armut beitragen, genauso wie die zunehmende Zahl jener Selbstständigen, die nur ein unterdurchschnittliches Einkommen haben und in keinem bestehenden Altersvorsorgesystem abgesichert sind. Frauen tragen aufgrund einer niedrigeren Beschäftigungsquote, einer häufigeren Beschäftigung im Niedriglohnbereich sowie größerer Lücken in ihrer Erwerbsbiografie aufgrund von Familienzeiten dabei ein besonders hohes Risiko, in die Altersarmut abzurutschen. Die CDA lehnt den schleichenden Systemwechsel von der Rentenversicherung zu einer Alterssozialhilfe ab. Die Alterssicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll auch weiterhin auf drei Säulen ruhen, nämlich der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten Vorsorge und der betrieblichen Alterssicherung. Die Politik muss dabei die Voraussetzungen sichern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Auskommen im Alter auch auf allen drei Säulen stützen können.

Wer heute sehenden Auges Altersarmut jetzt und künftig in Kauf nimmt, der verursacht für die Zukunft zusätzliche Kosten der Alterssicherung. Deren Finanzierung belastet die künftigen Generationen ebenso wie die Tilgung der Schulden von heute. Mit mangelndem Einkommen geht für die Betroffenen aber oft auch eine soziale Vereinsamung, eine mangelhafte Wohnsituation, eine schlechtere medizinische

Versorgung sowie eine gefühlte Machtlosigkeit einher, diese Situation aus eigener Kraft überwinden zu können. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Einkommenssituation sind Schlüssel zur Armutsvermeidung – sowohl im Erwerbsleben als auch im Ruhestand. Altersarmut hat aber nicht nur für die direkt davon Betroffenen Konsequenzen. Von 2003 bis 2009 haben sich die jährlichen Ausgaben der Kommunen für die Grundsicherung bereits auf 3,9 Milliarden Euro verdreifacht. Die Zahl der Empfänger hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Wenn der Anteil der über 65-Jährigen, die auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sind, steigen wird, entwickelt sich die Grundsicherung für die Kommunen zum finanziellen Sprengsatz. Eine Bekämpfung der Altersarmut liegt also nicht nur im Interesse der zukünftigen Rentnergenerationen, sondern ist auch für die Kommunen von elementarer Bedeutung.

Die wichtigste Voraussetzung zur Vermeidung von Altersarmut ist die Integration in den Arbeitsmarkt und eine dauerhafte Erwerbstätigkeit mit entsprechendem Einkommen und vollständigen adäquaten Rentenbiografien sowie eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durchgehende Erwerbsbiographien mit gerechter Entlohnung sind auch die Voraussetzung dafür, dass der Einzelne über die gesetzliche Rentenversicherung hinaus über betriebliche oder private Alterssicherungssysteme für das Alter vorsorgen kann. Hier spielen auch Fragen der Bildung und Ausbildung eine zentrale Rolle. Wir müssen junge

Menschen auf ihrem Weg in das Arbeitsleben unterstützen, damit ihnen gesellschaftliche Teilhabe möglich wird und sie ihre persönlichen Lebensvorstellungen verwirklichen können. Chancen auf Bildung sowie ein adäquates Angebot an Ausbildungsplätzen sind hierfür unabdingbare Voraussetzungen. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien – seien sie aus armutsgefährdeten Schichten oder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte – muss durch klare politische Entscheidungen tatsächliche Aufstiegsoptionen eröffnet werden.

Das duale Ausbildungssystem hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die CDA ist davon überzeugt, dass sich das duale Ausbildungssystem besonders gut eignet, das Problem der Zukunft zu lösen: auch aus schwächeren Schülerinnen und Schülern gute Fachkräfte machen. Deutschland muss zuallererst seine eigenen Potenziale nutzen, um seinen Fachkräftebedarf zu sichern. Eine bloße Senkung der Hürden für Fachkräftezuwanderung wäre der falsche Weg und würde langfristig den sozialen Frieden in unserem Land stören. Als CDA werden wir im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin entschieden für eine gute Bildungspolitik streiten. Bildung darf nicht durch Zuwanderung ersetzt werden.

CDU, CSU und FDP haben sich im Koalitionsvertrag auf die Einsetzung einer Regierungskommission für die Entwicklung von Konzepten gegen Altersarmut festgelegt. Diese soll unter dem Vorsitz des Bundesmini-

steriums für Arbeit und Soziales im April 2011 ihre Arbeit aufnehmen und bis September 2012 einen Abschlussbericht vorlegen. Ziel ist ein langfristiges Konzept, wie auch in Zukunft Altersarmut vermieden werden kann. Dabei sollen besonders diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen, die ein Leben lang gearbeitet, aber nur wenig verdient haben. Ihnen soll ein Alterseinkommen ermöglicht werden, das sie ausreichend absichert und vor Altersarmut schützt. Eine am „C“ orientierte Politik schützt das Leben und die Würde des Menschen in jedem Lebensalter. Sie fördert Selbstbestimmung für die alten Menschen und Fürsorge und Pflege, Anerkennung ihrer Lebensleistung und Menschenwürde.

Die CDU-Sozialausschüsse wollen diesen Prozess begleiten. Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe im November haben wir einen Antrag „Altersarmut bekämpfen – Koalitionsvertrag zügig umsetzen“ durchgebracht. Dieser enthielt einige Prüfaufträge an die noch einzusetzende Regierungskommission. Das reicht der CDA aber nicht aus. Sie wird das Thema Vermeidung von Altersarmut auch zu einem zentralen Thema der bevorstehenden Bundestagung am 28. und 29. Mai machen. Eine nachhaltige Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik kann einen wichtigen Beitrag zur Alterssicherung leisten. Wir werden daher diesen Feldern weiterhin größte Aufmerksamkeit schenken. ■

Dr. Markus Gloe, Hauptgeschäftsführer der CDA Deutschlands

Schwieriges Würstchenschnappen

Gedanken zur Erwerbsminderungsrente

Es hat ein wenig was von Wurstschnappen. Man kennt es von Kindergeburtstagen: An einer Schnur hängen ein paar Würstchen, die Erwachsenen halten die Schnurenden und lassen die Würste immer wieder nach oben hüpfen. Die Kinder versuchen dabei, die Würstchen zu schnappen. Wurstschnappen wird manchmal auch nur von Erwachsenen gespielt – und dann manchmal auch mit weniger Würstchen, als es Mitspieler gibt. Eben dann geht es um die Wurst – das muss nicht immer Spaß sein.

So ein bisschen wie beim Wurstschnappen müssen sich seit ein paar Jahren wohl auch Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit fühlen. Dieser Beitrag findet seine Motivation deshalb darin, der Debatte um die Erwerbsminderungsrente und damit auch der um die Altersarmut einige Impulse zu liefern.

Neu gefasst wurde die Erwerbsminderungsrente zum 1. Januar 2001. Diese Novellierung hat einige wesentliche Änderungen mit sich gebracht. So sind die Anforderungen an die erforderliche Minderung der Erwerbsfähigkeit gestiegen. Vor der Änderung lag eine Berufsunfähigkeit bereits dann vor, wenn es dem Betroffenen

nicht mehr möglich war, in seinem erlernten Beruf zu arbeiten. Nach der Änderung können sie für jede Tätigkeit vermittelt werden. Kann jemand noch sechs Stunden täglich arbeiten, würde er nicht mehr als erwerbsgemindert eingestuft – der Beschäftigung können aber bestimmte Voraussetzungen

als Vermittlungsbedingungen abverlangt werden (bspw. Tätigkeiten im Sitzen). Wird eine Erwerbsminderungsrente gezahlt, sinkt die Altersrente mit jedem Monat um 0,3 Prozent, sofern sie vor Vollendung des 63. Lebensjahres gezahlt wird. Insgesamt können Abschläge bis zu 10,8 Prozent drohen.

Kurzum haben wir es mit zwei wesentlichen Problemen zu tun:

Das erste Problem stellen praxisfremde Kriterien dar, die es zu erfüllen gilt, um den Anspruch auf Erwerbsminderungsrente zu erhalten. Allein im Jahr 2009 wurde jeder zweite Antrag auf Erwerbsminderungsrente abgelehnt. Häufig folgt dann für die Betroffenen der Weg in Hartz-IV, weil sie de facto erwerbsgemindert sind und keine geeignete Beschäftigung finden.

Das zweite Problem stellt die Höhe der Erwerbsminderungs- und Altersrenten dar. Die letzten 10 Jahre ist die durchschnittliche Höhe der vollen Erwerbsminderungsrente von 738 auf 643 Euro gesunken. Dies entspricht in etwa dem Niveau von Hartz-IV-Leistungen. Wird die Zahlung der Erwerbsminderungsrente abgelehnt, drohen mit dem Abstieg in Hartz-IV brüchige Rentenbiografien. Diese führen aufgrund der Abschläge zu oftmals nur geringen Rentenansparungen.

Besonders brisant ist die Lage in der Baubranche. Weniger als zehn Prozent der Bauarbeiter sind bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig. Ein Vergleich mit anderen Branchen macht die Brisanz deutlich: Im Durchschnitt sind 23 Prozent aller Rentenzugänge Erwerbsminderungsrentner – aus der Baubranche sind das 41 Prozent; bei Dachdeckern und Gerüstbauern gar 59 Prozent.

Doch sind es nicht nur die körperlich schweren Tätigkeiten, bei denen das Risiko der Erwerbsminderung hoch ist. Fast ein Drittel der Rentenzugänge im Jahr 2005, die ihre Ursache in einer verminderten





Erwerbsunfähigkeit finden, waren psychisch bedingt. Davon sind alle Berufe betroffen – überproportional soziale Berufe. Als Arbeitnehmerorganisation sollten wir daher die Zunahme von Mobbing- und Bossing-Fällen in der Arbeitswelt kritisch betrachten. Die Folgekosten in Höhe von bis zu 6,5 Milliarden Euro pro Jahr müssen zum Großteil eben auch von Rentenversicherern getragen werden, weil sie die Rehabilitationsmaßnahmen finanzieren.

Aber zurück zum Ausgangspunkt. Eine angemessene Absicherung erwerbsgeminderter Menschen ist de facto nicht mehr gegeben. Während die Niveauabsenkung bei den Altersrenten weitestgehend durch die betriebliche Altersversorgung beziehungsweise durch die staatlich geförderte

Vorsorge kompensiert werden kann, ist das bei der Absicherung des Invaliditätsrisikos nicht gelungen. Nur wenige Arbeitnehmer verfügen über eine private Berufsunfähigkeitsversicherung. Auch viele derjenigen, die eine solche private Absicherung anstreben, haben Probleme, einen solchen Versicherungsschutz zu erhalten oder müssen hohe Risikozuschläge zahlen, weil das Invaliditätsrisiko ganz wesentlich vom ausgeübten Beruf abhängt.

Daher ist staatliches Handeln geboten. Ziel muss es sein, eine Absicherung zu erreichen, die die Niveauabsenkung bei der Erwerbsminderungsrente weitgehend kompensiert und eine solidarische Absicherung ohne Risikoselektion gewährleistet, also Prämien und Beiträge, die

sich nicht am individuellen Invaliditätsrisiko orientieren.

Sicherlich ist der Grundgedanke, der mit der Novellierung der Erwerbsminderungsrente einhergehend, nämlich Mitnahmeeffekte zu vermeiden, nicht verkehrt. Schließlich müssen Sozialabgaben und Steuern zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Das darf aber nicht dazu führen, dass der Staat Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit nicht genügend beisteht. Das gebietet der Respekt vor dem Menschen und der Anerkennung der jahrelang geleisteten Arbeit. Es liegt in der Natur der Sache, dass kranke Menschen den Zeitpunkt ihrer Arbeits- und Leistungsminderung nicht selbst bestimmen. Einen solchen gesundheitlichen und persönlichen Einschnitt mit Abschlägen in der Rente zu bestrafen, ist nicht nahe am Menschen und kann nicht unserem Bild von Subsidiarität und Solidarität entsprechen. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Als Arbeitnehmerorganisation wird die CDA für eine faire Erwerbsminderungsrente streiten müssen. Ihre faire Ausgestaltung ist ein wichtiger Baustein, um Altersarmut zu verhindern. Die Erwerbsminderungsrente gehört eben nicht wie ein hüpfendes Würstchen an eine Leine, an deren Enden praxisferne Strippenzieher ihre Höhe bestimmen. Der Spaß hört eben da auf, wo es um die Wurst geht. ■

*Steven Kunert,
Gesellschaftspolitischer Referent in
der CDA-Hauptgeschäftsstelle*

Die positive Entwicklung der Rentenversicherung ist eine kleine Sensation



Ende November 2010 hat die Bundesregierung den Rentenversicherungsbericht 2010 und den Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 unter dem Titel „Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt“ vorgelegt. Danach zeigt sich nicht nur eine äußerst positive Entwicklung der Deutschen Rentenversicherung. Es wird auch deutlich, dass es zur schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze letztlich keine Alternativen gibt.

Die gesetzliche Rentenversicherung hat sich trotz der Einflüsse der Finanz- und Kapitalmarktkrise der vergangenen zwei Jahre besser als je erwartet entwickelt. Die Nachhaltigkeitsrücklage zum Ende des Jahres liegt bei 18,5 Mrd. Euro und damit rund 1,1 Monatsausgaben der

Rentenversicherung. Im Vergleich zum Vorjahr 2009 (15,9 Mrd. Euro entsprechend 0,96 Monatsausgaben) gibt es hier eine sehr deutliche Steigerung. Zum Ende der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2005 war die Nachhaltigkeitsrücklage sogar auf 0,11 Monatsausgaben abgeschmolzen. Die gesetzlich vorgeschriebene Nachhaltigkeitsrücklage zum Ausgleich von Defiziten und Einnahmeschwankungen ist gemäß § 217 SGBVI liquide anzulegen. Sie wird durch kurzfristig fällige Einlagen gesichert, die der Einlagensicherung unterliegen und nahezu risikolos sind, sodass sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hier kaum bemerkbar machen. Der Zuwachs ergibt sich insbesondere auch aus der konjunkturellen Erholung seit Jahresbeginn 2010 und den damit verbundenen höheren Beitragseinnahmen.

In den kommenden Jahren wird die Nachhaltigkeitsrücklage kontinuierlich weiter anwachsen. Nach den Zahlen vom Herbst wird sie im Jahr 2013 den oberen Rand von 1,5 Monatsausgaben bzw. ca. 26 Milliarden Euro erreichen, sodass der Beitragssatz von 19,9 Prozent bis dahin stabil bleibt und dann 2014 auf voraussichtlich 19,3 Prozent abgesenkt werden kann. Aufgrund der aktuellen positiven Entwicklung kann eine Beitragssenkung unter Umständen auch schon im Jahr 2013 erfolgen.

Auch die Entwicklung und die Prognosen hinsichtlich der Renten sind sehr erfreulich. Diese Zahlen werden die Rentnerinnen und Rentner freuen: Nach der Nullrunde in diesem Jahr ist damit zu rechnen, dass es in allen künftigen Jahren Rentenerhöhungen geben kann. Im Jahr 2011 wird die Erhöhung in etwa zwischen 0,75 Prozent und 1,0 Prozent liegen. Insgesamt wird im Rentenversicherungsbericht bis 2024 von einer Rentensteigerung von 29 Prozent ausgegangen, das bedeutet ein Plus von durchschnittlich 1,9 Prozent jährlich.

Der fachkundige wie kritische Sozialbeirat* bezeichnet in seinem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2010 der Bundesregierung die Rentenversicherung sogar als „Fels in der Brandung“. Selten gab es so ein bemerkens-

wertes Kompliment für die deutsche Alterssicherung.

Positiv fällt auch der Bericht zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 aus. Die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich erhöht. So ist die Erwerbstätigenquote bei Personen im Alter über 55 Jahren zwischen 2005 und 2009 um rund zehn Prozent auf 55,9 Prozent angestiegen. Die Lücke zur Erwerbstätigenquote Jüngerer, die bei knapp 80 Prozent liegt, hat sich bereits deutlich geschlossen, obwohl in den Statistiken die bis vor wenigen Jahren praktizierte Frühverrentungspraxis noch nachwirkt. Der positive Trend bei der Beschäftigung Älterer setzt sich auch erkennbar weiter fort. Das bedeutet, dass eine wesentliche Voraussetzung für die schrittweise, bis 2029 Realität werdende „Rente mit 67“, ein hoher Beschäftigungsstand älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aller Voraussicht nach erfüllt sein wird.

Nach Angaben der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Lebenserwartung von heute bis zum Jahr 2030 um gut 2 Jahre auf 87,8 Jahre ansteigen. Bei Männern wird ein Anstieg von gut 2 Jahren auf dann 84,4 Jahre erwartet. Die zusammengefasste Geburtenziffer bleibt langfristig auf dem gegenwärtigen Niveau von rund 1,4. Darüber hinaus wird eine jährliche Nettozuwanderung unterstellt, die bis zum Jahr 2020 auf 200 000 Personen

jährlich aufwächst. Anhand dieser Prognosen bestätigt auch der Sozialbeirat, dass in Fachkreisen allgemein anerkannt ist, dass es zur schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze keine Alternative gibt. Auch die von Kritikern immer wieder vorgetragene Behauptung, die Rente mit 67 sei eigentlich ein Instrument zur Rentenkürzung, wird damit entkräftet. Der Sozialbeirat stellt fest, dass in deutlich weniger Fallkonstellationen als dargestellt die Gefahr drohe, dass es durch die längere Lebensarbeitszeit zu Einbußen bei der Rente kommen könne. Es wird im Gegenteil darauf hingewiesen, dass zwei zusätzliche Arbeitsjahre grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Rentenhöhe haben. Die Versicherten erwerben einen entsprechend höheren Rentenanspruch und ein besseres Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern wirkt sich über den Nachhaltigkeitsfaktor noch zusätzlich positiv auf Rentenanpassungen aus.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Rentenfinanzen trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise stabil sind und sich deutlich besser entwickelt haben als erwartet. Dies ist nicht zuletzt auf die vorausschauenden Rentenreformen und eine erfolgreiche Krisenpolitik zurückzuführen.

Zentrale Säule der Altersversorgung wird auch weiterhin die gesetzliche Rente bleiben. In ihr sind rund 52 Millionen Menschen aktiv und passiv versichert. 20 Millionen davon beziehen Renten. Die durchschnittliche Rentenbezugsdauer für Frauen und Männer ist im Vergleich

zum Jahr 1995 von 15,8 Jahren auf 18 Jahre in 2008 angestiegen. Dennoch muss zusätzliche Altersvorsorge betrieben werden, um auch im Alter den Lebensstandard des Erwerbslebens halten zu können. Dazu können und sollen die finanziellen Spielräume des Alters-einkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden.

Wichtig ist, dass gewährleistet wird, dass die jüngere Generation nicht überfordert wird und künftige Rentnerinnen und Rentner zugleich über eine auskömmliche Absicherung verfügen. Außerdem muss unser Augenmerk auf eine verstärkte Förderung der Beschäftigung Älterer und eine altersgerechte Arbeitswelt gerichtet werden. Es kommt darauf an, dass wir auch bei der alters- und altersgerechten Gestaltung der Arbeit weitere Fortschritte machen. Die Bundesregierung hat hierzu bereits zahlreiche Modellprojekte initiiert, die weiter ausgebaut werden sollen.

In Kürze wird eine Kommission der Bundesregierung zur Vermeidung von Altersarmut die Arbeit aufnehmen. Diese soll mögliche Sicherungslücken bei der Rente analysieren und Vorschläge unterbreiten, wie z. B. die rentenrechtliche Absicherung von Langzeitarbeitslosen und die Situation von Erwerbsminderungsrentnern so gestaltet werden können, dass Altersarmut gar nicht erst entsteht. ■

*Wiebke Dickertmann
Referentin des Bundestags-
abgeordneten Peter Weiß*

Kolumbien

Brauksiepe: Handel und Menschenrechte gehören zusammen



Mehr als 60 Prozent der weltweit ermordeten Gewerkschafter kommen aus Kolumbien. Auf diese erschreckende Zahl hat eine kolumbianische Delegation jetzt gegenüber dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe hingewiesen.

1,6 Millionen Kinder arbeiten in Kolumbien. Weil das Einkommen der Eltern nicht reicht, verkaufen sie auf der Straße Waren, schuften in Bergwerken oder werden als Kinderprostituierte ausgebeutet. Die Lage der erwachsenen Beschäftigten ist nicht viel besser: Kaum einer fällt unter einen Tarifvertrag, die meisten arbeiten, ohne jede Absicherung im informellen Sektor. Und besonders gefährlich lebt dort, wer sich für die Rechte der Kolleginnen und Kollegen einsetzt: Fast 3.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind in dem südamerikanischen Land

in den vergangenen 25 Jahren ums Leben gekommen. Darauf hat eine kolumbianische Gewerkschaftsdelegation auf Einladung des DGB-Bildungswerks jetzt bei Gesprächen in Berlin und Brüssel aufmerksam gemacht. Sie kamen dabei auch mit Dr. Ralf Brauksiepe, dem parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesarbeitsministerin, und dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß zusammen.

Die achtköpfige Delegation hat dabei insbesondere das Freihand-

delsabkommen zwischen der Europäischen Union sowie Kolumbien und Peru zur Sprache gebracht. Das Abkommen ist bereits unterzeichnet, aber noch nicht vom Europaparlament (EP) ratifiziert. Die zwei Frauen und acht Männer aus Kolumbien machten deutlich, warum sie es ablehnen: Die kolumbianische Regierung trage für die Verfolgung der Kolleginnen und Kollegen die Hauptverantwortung.

Peter Weiß erläuterte, dass das Abkommen nicht mehr geändert werden könne – das EP könne nur noch mit Ja oder Nein stimmen. Er wies aber darauf hin, dass es eine Menschenrechtsklausel beinhalte – und sagte zu, sich für deren Evaluierung stark zu machen. Es solle also regelmäßig geprüft werden, ob diese Klausel umgesetzt werde. Und Ralf Brauksiepe, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse und CDA-Chef in Nordrhein-Westfalen ist, sagte, das Abkommen müsse dem Wohl der Menschen dienen. „Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und Nachhaltigkeit spielen dabei eine wichtige Rolle.“

Das Arbeitsministerium unterstütze alles, was dazu beitrage, dass die Gewerkschaftsrechte in Kolumbien nicht nur auf dem Papier stünden. ■

Indien

Jetzt mitmachen: Schule für Steinbruch-Kinder unterstützen!



Sie alle besuchen die Schule bei Kota im indischen Bundesstaat Rajasthan, deren Finanzierung die CDA nun sicherstellen will

Im vergangenen Jahr hatte der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann Indien besucht, sich von den Steinbrüchen und Betrieben, in denen Kinder schufteten, ein Bild gemacht. „Wer als Kind im Steinbruch arbeiten muss, dessen Leben endet, bevor es richtig anfängt: Viele erkrankten an Staublunge und sterben früh. Und sie können nicht zur Schule gehen“, so Laumann. Daher komme es nicht nur darauf an, Kinderarbeit zu bekämpfen. Entscheidend sei, den jungen Menschen eine Alternative zu bieten – nämlich den Besuch einer Schule.

Diesen Worten lassen die CDU-Sozialausschüsse jetzt Taten folgen. Sie setzen sich nicht nur politisch für bessere Bildungschancen für Kinder in Entwicklungs- und Schwellenländern ein, sondern unterstützen eine Schule bei Kota (Bhilwara) im indischen Bundesstaat Rajasthan – eine Schule, in der Laumann im Rahmen seines Trips auf den Subkontinent auch zu Gast war. „Ich habe dort in viele glückliche Augen

geschaut“, berichtet der CDA-Vorsitzende noch heute bewegt. Kinder, deren Schicksal lange Zeit durch harter körperliche Arbeit, durch Krankheit und einen frühen Tod besiegelt schien, erhielten dort die Chance auf eine bessere Zukunft. „Doch sie brauchen unsere Hilfe.“ Trotz erheblicher Anstrengungen des indischen Staates, der dort geltenden Schulpflicht und des Rechts auf kostenlosen Schulbesuch erhalten nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen mindestens sieben Millionen Kinder in Indien überhaupt keine Schulbildung. Weil es bei der Umsetzung der engagierten Ziele hapert, engagieren sich gemeinnützige Organisationen gerade zu Gunsten benachteiligter Kinder wie Kinder von Migrant/innen, Straßenkinder und Kinderarbeiter/innen, übrigens allesamt meist Kinder von Kastenlosen.

Die von Laumann besuchte Schule wird von der indischen Organisation NEG Fire und von Misereor getragen.

Die CDU-Sozialausschüsse wollen nun für drei Jahre durch Spenden die Finanzierung garantieren. Daher ruft der CDA-Bundesvorstand die Gliederungen der CDA dazu auf, für diese Schule Geld zu sammeln – zum Beispiel mit einem Stand und einer Sammelbüchse bei Kreisparteitagen, mit einem Sponsoren-Lauf oder Versteigerungen. „Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt“, so Laumann. Viele Tipps für konkrete Aktionen finden sich auf der Homepage www.cda-gegen-kinderarbeit.de. Jede einzelne noch so kleine Spende ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung des Projektes.



Karl-Josef Laumann im Gespräch mit einem Jungen, der jetzt zur Schule geht und nicht mehr schufteten muss

Wichtig: Geld für das Projekt nicht auf eines der CDA-Konten überweisen, sondern direkt an **Misereor • Pax Bank BLZ 37060193 • Konto 101010 • Stichwort: P70087 CDA-NEG** schicken – oder in der CDA-Hauptgeschäftsstelle nachfragen. ■

Darf die Geburt eines Kindes an Bedingungen geknüpft werden? Zur Diskussion um die Präimplantationsdiagnostik (PID)



Eine Vielzahl an plausiblen Gründen wurde und wird von Befürwortern wie Gegnern einer Zulassung der PID vorgebracht. Wie schwer die Entscheidung ist, zeigt auch das Ergebnis des letzten CDU-Bundesparteitags. Eine knappe Mehrheit (51,1%) sprach sich für ein striktes Verbot aus, die anderen dafür, PID in engen Grenzen zuzulassen. Dabei heißt es im Grundsatzprogramm der CDU klar: „Wir treten für ein Verbot der PID ein“. Es gibt vielerlei Gründe, warum ich mich für ein striktes Verbot der PID ausspreche. An dieser Stelle werde ich mich auf einige Gedanken konzentrieren, wie:

Was verstehen wir unter Elternschaft?

Der natürliche Wunsch nach Nachkommen oder das mitunter neurotisch anmutende Verlan-

gen nach eigenen und gesunden Kindern? Sind Kinder Verwirklichungsform meiner selbst oder ein eigenes Individuum? Ist die elterliche Fortpflanzungsfreiheit ein Abwehrrecht gegen den Staat oder ein Recht auf uneingeschränkte technische Fortpflanzungsmöglichkeiten?

Für mich bedeutet eine verantwortete Elternschaft das bedingungslose Annehmen eines jeden Kindes. Das Kind anzunehmen wie es ist und nicht als Objekt elterlicher Wünsche, das nur gewollt ist, wenn es in seinem Leben bestimmte Ansprüche erfüllt.

Mit der PID würde eine Elternschaft sub conditione (unter Bedingungen) geführt. Einige Eltern möchten ein Kind nur unter der Bedingung, dass es gewissen Gesundheitsanforderungen entspricht. Ein solcher Vorbehalt

ist mit der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde nicht zu vereinbaren. Da menschliches Leben mit der Verschmelzung von Samen- und Eizelle beginnt – sowohl nach dem Embryonenschutzgesetz als auch dem christlichen Verständnis –, sind Embryonen vollwertige Menschen und schutzwürdig. Der Mensch darf nicht als Mittel zum Zweck instrumentalisiert werden. Oder wie Immanuel Kant schreibt: „...nur der Mensch und mit ihm jedes vernünftige Wesen ist Zweck an sich selbst“. Der Selbstzweck des mit einem Gendefekt belasteten Embryos würde durch die PID einem gesunden Embryo geopfert.

Welche Eigenschaften machen einen Menschen lebenswürdig?

Niemand wird bezweifeln, dass behinderte Kinder eine Belastung

für Eltern bedeuten. Aber sie sind auch Quelle großer Freude, wie ich in Begegnungen mit Menschen mit Behinderungen und deren Eltern erfahren habe. Wer mit der PID vermeintlich unzumutbares Leben vermeiden will, unterstellt, dass es für behindert geborene Menschen besser gewesen wäre, nicht geboren worden zu sein.

Wer kann sich anmaßen, über die Lebenswürdigkeit eines anderen Menschen zu entscheiden? Was sind dies für Kriterien? Mit dem technischen Fortschritt steigen die Möglichkeiten. Ausgewählt wird, was subjektiv gefällt und ökonomisch lohnend ist. Verworfen und abgestoßen wird, was gerade nicht passend erscheint. Dies zeigt die Erfahrung unserer Nachbarstaaten, die PID einst unter engen Grenzen zugelassen haben. Mittlerweile wird auch der Embryo aussortiert, dessen

Erkrankung erst in späten Lebensjahren zu Symptomen führt (z. B. Brustkrebs, Erblindung). In rund 170 Fällen weltweit wurden mit der PID diejenigen gesunden Embryos zur Einpflanzung in den Mutterleib selektiert, die passende Transplantationszellen für ein Geschwisterkind boten. Auch das Geschlechtskriterium rückt inzwischen auf die Tagesordnung.

Überdies gilt es zu bedenken, dass nicht alle Embryonen, die einen auffälligen Chromosomensatz vorweisen, behindert geboren werden. Haben beide Elternteile die gleiche veränderte Erbanlage, sind aber selbst nicht behindert, liegt die Wahrscheinlichkeit auf ein gesundes Kind bei 75 Prozent. Die Hälfte dieser gesunden Kinder trägt allerdings den elterlichen Chromosomensatzdefekt in sich. Infolge der PID hätten Eltern auch jenen Kindern das Lebensrecht

Bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) werden im Reagenzglas erzeugte Embryonen untersucht, bevor sie in den Mutterleib eingepflanzt werden. Zeigen sich in ihren Genen Auffälligkeiten, die eine Behinderung nach sich ziehen könnten, werden sie vernichtet. Die Richter des Bundesgerichtshof kippten im Juli 2010 die bisherige geltende Rechtsauffassung, wonach das Embryonenschutzgesetz die PID verbiete. Der Gesetzgeber ist nun gefordert, Klarheit und Legitimation zu schaffen. Anfang 2011 werden die Bundes-

tagsabgeordneten ihre Stimme für einen von drei Gesetzesentwürfen zur Regelung der PID abgeben: a) ein striktes Verbot der PID; b) ein grundsätzliches Verbot, es sei denn, es ist eine maximale Lebenserwartung von einem Jahr zu erwarten; c) die PID zuzulassen, wenn eine Erbkrankheit mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Die Abstimmung wurde von allen Bundestagsfraktionen freigegeben und der so genannte Fraktionszwang wurde aufgehoben.



Peter Weiß,
Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

verwehrt, die ebenso gesund oder krank sind wie sie selbst. Denn durch die PID kann nicht erkannt werden, ob die Behinderung zum Tragen kommt oder nicht. Und selbst wenn alle Tests „grünes Licht“ geben, ist das keine Garantie für ein gesundes Kind, da nur 11-12 Prozent der Erkrankungen genetisch verursacht sind.

Das Leben ist das höchste aller Güter, alles andere ist ihm nachgeordnet. Wenn Eltern oder andere Menschen über die Lebenswürdigkeit eines Menschen entscheiden, erheben sie sich über Gott als Schöpfer. Und deshalb bin ich überzeugt, dass eine menschlichere Gesellschaft eher mit der Beibehaltung des strikten PID-Verbots möglich ist. ■

Minijobs – eine teure Alternative



Dagmar König

Stellv. Vorsitzende der AG „Frauen in der CDA“ und stellv. Vorsitzende der CDA Berlin

Die Idee war gut – damals. Man wollte für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Möglichkeiten schaffen, flexibel zu reagieren. Arbeitgeber sollten für kurzfristige Auftragsspitzen Beschäftigte einstellen können, ohne sich damit dauerhaft finanziell belasten zu müssen. Arbeitssuchenden sollte so der Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert und eine Chance eröffnet werden, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Die heutige Realität sieht leider anders aus: Arbeitgeber schaffen immer öfter feste Arbeitsplätze ab und ersetzen sie durch schlecht bezahlte unsichere Minijobs. Arbeitssuchende wiederum werden immer öfter gedrängt, „zunächst“ einmal auch einen Minijob anzunehmen – der Auftakt für ein festes, gesichertes und auskömmlich

entlohntes Arbeitsverhältnisses ist das aber in den seltensten Fällen. Viel öfter ist es der Anfang einer höchst unglücklichen Spirale von mehreren schlecht bezahlten Minijobs nebeneinander – mit tief greifenden Folgen für die Zukunft des Einzelnen und der Gesellschaft insgesamt.

Die Einsparungen, die Arbeitgeber mit der Umstellung auf Minijobs erzielen und die ihren Gewinn maximieren, gehen auf Kosten der Gesamtgesellschaft, weil sie nachhaltig unsere Sozialsysteme belasten. Das aber ist zutiefst unsozial und hat mit einer Solidargemeinschaft nur noch wenig zu tun.

Selbstverständlich soll und muss es auch weiterhin die Möglichkeit geben, in bestimmtem Umfang und bei entsprechender zeitlicher Begrenzung hinzuzuverdienen. Dies ist z.B. für Studenten oder Menschen mit

geringer Rente sinnvoll, ebenfalls für Ernteeinsätze in der Landwirtschaft. Das alles lässt sich aber auch z. B. mit Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro bei gleichzeitiger Steuerfreiheit bis zu einer festzulegenden Höchstgrenze realisieren.

Der Deutsche Frauenrat hat zu diesem Themenkomplex eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an der sich auch die Frauen in der CDA beteiligt haben. Das entsprechende Positionspapier fordert folgerichtig die Abschaffung der Minijobs in ihrer jetzigen Form.

Die CDU sollte nach Wegen suchen, dem gigantischen Missbrauch der einst guten Idee der Minijobs ein Ende zu bereiten und die Gewinne weniger nicht auf Kosten der Gemeinschaft finanzieren. Das wäre eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftsförderung! ■

Minijob heißt nämlich in den meisten Fällen:

- › Niedrigeinkommen, für die kaum oder keine Steuern, Sozialabgaben und Krankenkassenbeiträge abgeführt werden.
- › Niedrige Löhne schwächen die Kaufkraft und behindern damit den wirtschaftlichen Aufschwung.
- › Bei Arbeitslosigkeit geringere Ansprüche auf Arbeitslosengeld.
- › Unsichere Arbeitsverhältnisse mit geringem Einkommen machen auch private Lebensplanung schwierig – Familiengründungen und Kinderwunsch werden zurückgestellt.
- › Wirtschaftliche Abhängigkeit in einer Lebensgemeinschaft erschwert partnerschaftliches gleichberechtigtes Miteinander in einer Partnerschaft.
- › Gefahr der Altersarmut durch geringe Rente.
- › Damit verbunden Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen aus Steuergeldern.

Neue Wege in der Qualifizierung von Arbeitslosen und älteren Arbeitnehmern

Wer in der aktuellen Zuwanderungsdiskussion zu Recht fordert, dass zunächst die Ausbildungs- und Qualifizierungspotenziale genutzt werden, der muss Fort- und Weiterbildungsstrukturen neu gestalten und weiterentwickeln. Dazu muss in der aktuellen Auseinandersetzung mit dem Thema zunächst einmal ein Drei-Stufen-Konzept in die Diskussion eingebracht und realisiert werden.

1. Bündnisse für Beschäftigung auf Bundes-, Landes- und Regionenebene wieder aufleben lassen

Um die Ziele von mehr und erfolgreichen Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen sowie Strategien für die erfolgreiche Umsetzung von Arbeitsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer zu erreichen, müssen auf regionaler, landes- und bundespolitischer Ebene wieder Bündnisse für Beschäftigung installiert werden. An diesen Bündnissen sollen Arbeitgeber, Gewerkschaften, Agentur für Arbeit und die jeweiligen fachpolitischen Ebenen beteiligt werden. Der Koordinierungs- und Zielsetzungsbedarf ist groß und wird durch die neuen Strukturen in den Jobcentern nicht bewältigt werden können.

2. Qualifizierungsinstrumente verbessern

Die gegenwärtig vorhandenen Instrumente sind zum Teil unwirksam und gehen an den Realitäten des Arbeitsmarktes vorbei. Deshalb müssen die Maßnahmen auf den Prüfstand gestellt und eine Wirksamkeitsprüfung durchgeführt werden.

3. Arbeitsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer verbessern

Ältere Arbeitnehmer müssen in der deutschen Wirtschaft wieder eine bessere Möglichkeit zur Beschäftigung erhalten. Der Wert der Lebenserfahrung und erworbene Kompetenz haben Priorität.

Es kann nicht sein, dass auf die Anstellung älterer Arbeitnehmer verzichtet wird, um dann Zuwanderung zu verlangen! Das passt auch mit der Realisierung der Rente mit 67 nicht zusammen! Die CSA in Bayern sieht sich als Lobby für ältere Beschäftigte.

Wir brauchen neben dieser Werteveränderung im Arbeitsleben auch wirksame Anreize für die Beschäftigung, die über die bisherigen, wenig erfolgreichen Ansätze hinausgehen. Dieser Weg muss Priorität vor Zuwanderung haben. Darüber hinaus muss die Ausdehnung der branchenbezogenen Mindestlöhne in diesem Zusammenhang tabufrei diskutiert werden. ■

Joachim Unterländer

Neuer CSA-Vorsitzender



Joachim Unterländer, MdL ist der neue Vorsitzende der Christlich-Sozialen Arbeitnehmergesellschaft/Arbeitnehmer-Union (CSA) sowie der sozialpolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Die 180 Delegierten der CSA-Landesversammlung am 13. November 2010 in Wolnzach hatten Unterländer mit großer Mehrheit zum Nachfolger von Gabriele Stauner gewählt. Für Unterländer ist die CSA nicht nur eine der größten für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der „kleinen Leute“ zuständigen Arbeitsgemeinschaften der CSU, sondern vor allem ein Garant dafür, dass die CSU eine soziale Volkspartei ist und bleibt. Dies bedeute, dass die Arbeitnehmerpositionen mit Selbstbewusstsein in den Entscheidungsprozess auf allen politischen Ebenen eingebracht werden müssen. „Dabei müssen wir häufig den unbequemen Weg gehen“, so Unterländer.

„Flexibilität“ als Zauberwort in der modernen Arbeitswelt? CDA-Talentschmiede gestartet



Am 3. Dezember war es endlich so weit. Nach Monaten mit konzeptueller und organisatorischer Planung, mit Auswahlgesprächen und Entscheidungsrunden kamen 30 junge Frauen und Männer aus der ganzen Bundesrepublik zum ersten Wochenende im Rahmen der CDA-Talentschmiede zusammen. Zum Themenkomplex „Immer auf dem Sprung: Flexibilität als Zauberwort in der modernen Arbeitswelt?“ sind drei Gruppen aufgefordert, im Laufe eines Jahres jeweils eine Kampagne zu planen. Im September dieses Jahres werden sie ihre Kampagne dem CDA-Bundesvorstand vorstellen.

Im Mittelpunkt des ersten Wochenendes stand die Erarbeitung strategischer Ziele für die Kampagnen. Der CDA-Bundesvorsitzender Karl-Josef Laumann nahm sich die Zeit, mit den Teilnehmerinnen und

Teilnehmern über aktuelle politische Fragen intensiv zu diskutieren. Der Vorsitzende der Jungen CDA Dennis Radtke hielt einen leidenschaftlichen Vortrag zum Thema CDU als Volkspartei.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Talentschmiede sind Philipp Bembek, Sabine Blaschka, Hagen Colberg, Cathleen Drewes, Christian Fang, Manuel Fiswick, Henning Gerlach, Sebastian Geßmann, Tom Gläser, Stefan Guddas, Laura Hemmer, Christian Herker, Thomas Jachim, Anja Kappler, Jens Knüppel, Stephan Laubach, Dominik Lawatsch, Malte Lückert, Lüder Menke, Sabine Seeger, Salih Tausoglu, Sascha von Beek, Claudia Wiese, Sebastian Witzel, Jan Woestmann, Joachim Wüstefeld, Jörg Zähringer, Andreas Ziegler, Thomas Ziegler und Benjamin Zumbrock. ■

CDA BADEN-WÜRTTEMBERG

CDA gegen sachgrundlose Befristungen

Die CDU Sozialausschüsse der Region Region Schwarzwald Baar Heuberg sprachen sich für einen Verzicht des Landes auf sachgrundlose Befristungen bei Eistellungen im öffentlichen Dienst aus. Der CDA-Landesvorsitzende Bäumler wies darauf hin, dass für viele jungen Menschen der Dreisatz „jung, gut ausgebildet, befristet beschäftigt“ gilt.

Auf Initiative der CDA habe die CDU Baden-Württemberg deshalb die Forderung in den Entwurf des Regierungsprogramms aufgenommen, dass das Land eine Vorreiterrolle beim Verzicht auf sachgrundlose Befristungen übernimmt. Auch Lehrer sollen nicht mehr zum Beginn der Sommerferien in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Der Tuttlinger CDU-Kreisvorsitzende Tobias Schumacher gratulierte Hans Staub zu seiner Wiederwahl als CDA-Kreisvorsitzender. Staub verkörpere die CDA als soziales Kompetenzzentrum der Union. ■

CDA SAARBRÜCKEN

Ehrung für Schacht, Schreiber und Gesang

Die CDA-Kreisvorsitzende Saarbrücken-Stadt und Mitglied im CDA-Bundesvorstand Martina Stabel-Franz hatte im Advent 2010 die besondere Ehre, Günther Schacht, Minister a.D. für 57 Jahre CDA-Mitgliedschaft und den ehemaligen CDA-Bundesvorsitzenden Werner Schreiber, Minister a.D. für 39

CDA RHEINLAND-PFALZ

Julia Klöckner und die CDU-Sozialausschüsse bei 1 & 1 in Montabaur



Die rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende Julia Klöckner MdB (1. Reihe 6.v.l.) und der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse im Bezirk Koblenz-Montabaur Ekkehard Gauglitz (1. Reihe 3.v.l.) zusammen mit CDU-Sozialpolitikern/innen und den CDU-Landtagskandidaten

Die weltweit tätige 1 & 1 Internet AG aus Montabaur war Ziel eines Informationsbesuches der Vorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2011, Julia Klöckner MdB, und des CDA-Bezirksvorstandes Koblenz-Montabaur mit seinem Vorsitzenden Ekkehard Gauglitz. Das Unternehmen beschäftigt zurzeit 83 Auszubildende und die Übernahme-

quote liegt bei 90 %. Wobei auch hier die Personalverantwortlichen die Feststellung treffen mussten, dass die Quantität und Qualität der Schulabgänger in den vergangenen Jahren nachgelassen hat. „Die Einschätzung, dass die Ausbildung an den Schulen sich weiter von den Anforderungen der Wirtschaft und des Handwerks entfernt, wird oft bestätigt“, so der CDA-Bezirksvor-

Jahre Mitgliedschaft sowie Dieter Gesang für 31 Jahre Mitgliedschaft im Rahmen der alljährlichen Weihnachtsfeier zu ehren. Dabei wurde angeregt ausgetauscht, aus welchen Gründen die zu Ehrenden, aber auch jüngere Mitglieder in die CDA eingetreten sind. Eine Gemeinsamkeit im Laufe der Jahrzehnte ergab sich bei allen für die Mitgliedschaft der Grundsatz: „Der Mensch steht im Mittelpunkt – in der Gewerkschaft, in der Kirche,



v.l.n.r.: Dieter Gesang, Martina Stabel-Franz, Günther Schacht, Werner Schreiber

in der Politik, im Beruf und im alltäglichen Leben.“ Auch wenn dies jeden Tag immer wieder viel Kraft erfordert. ■

sitzende Ekkehard Gauglitz. „Es ist zu begrüßen, dass das Unternehmen großen Wert darauf legt, dass seine Mitarbeiter intern weitergebildet und gefördert werden, so z.B. durch den berufsbegleitenden Besuch der Berufsakademie in Baden-Württemberg“, so Gauglitz weiter. ■



CDA RUHRGEBIET

Andreas Schlüter bestätigt

Andreas Schlüter (vierter von links) wurde mit 94,1 Prozent in seinem Amt bestätigt. Ihm zur Seite stehen im geschäftsführenden Bezirksvorstand der wiedergewählte Schriftführer Hans Georg Rehage (erster von links), die neu gewählte stellv. Vorsitzende Claudia Middendorf (zweite von links), der wiedergewählte Schatzmeister Rudolf Vitzthum (dritter von links) sowie die wiedergewählten stellv. Vorsitzenden Joachim Bock (erster von rechts) und Dieter Landskrone (dritter von rechts). Zu den ersten Gratulanten zählte der Kreisvorsitzende von Recklinghausen und Tagungspräsident Ulrich Hempel (zweiter von rechts). ■

CDA RHEDA-WIEDENBRÜCK

Landtagsabgeordneter Michael Brinkmeier und CDA-Vorsitzende Sonja von Zons besuchen die erste MINT Klasse im Kreis Gütersloh



Der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Michael Brinkmeier und die CDA-Stadtverbandsvorsitzende Sonja von Zons besuchten auf Einladung von Detlef Flaschel, Schulleiter der Osterrath-Realschule, die bisher einzige MINT Klasse im Kreis Gütersloh. MINT ist die Abkürzung für Mathe, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

„Wer baut den wirksamsten Schaumlöscher?“, lautet die Aufgabe, die die Klassenlehrerin Lilia Michaelis den Fünftklässlern im Chemieunterricht stellt. Es gilt, ein Teelicht zu löschen – und zwar nur mit Schaum. Voller Tatendrang experimentierten die Schüler in Kleingruppen mit Utensilien wie Spritze, Flasche und Schläuchen, Backpulver, Brausetabletten, Wasser und Spülmittel, um die Kerze zu löschen. Die 10-jährige Giannina

bestätigt: „Ich find´s klasse, dass wir schon Chemie haben!“

Die Osterrath-Realschule ist nicht umsonst seit 2001 durchgehend als berufsausbildungsfreundliche Schule ausgezeichnet worden. Keiner der ehemaligen Osterrath-Realschüler steht nach dem Schulabschluss auf der Straße. 100% beginnen eine Ausbildung oder besuchen eine weiterführende Berufsschule. Besonders das MINT Projekt liegt Flaschel am Herzen. Er möchte als Pilotschule andere Realschulen im Kreis ermutigen, mit einzusteigen. „Um dem drohenden Fachkräftemangel in technischen und handwerklichen Berufen entgegenzuwirken, müssen wir schon bei der Schulbildung unserer Kinder ansetzen und sie für die MINT Fächer begeistern“, betonte auch die CDA-Stadtverbandsvorsitzende von Zons. ■

CDA-BETRIEBSGRUPPE DER KVB

Gemeinsam auf Fahrt

Am Sonntag, den 7. November war es soweit. Die voll ausgebuchte Colonia Expressfahrt, organisiert von der CDA Betriebsgruppe der KVB und dem Ortsverband der CDU, konnte um 16:00 Uhr zur Kölner Dreibrückenfahrt starten. Zuvor gab es für die Teilnehmer im Alter von 2 bis 85 Jahren einen Vortrag von Hans Schnäpp im Haus der KVB zur Betriebsleitstelle. Die etwas älteren Teilnehmer waren an dem lebendigen Vortrag sehr interessiert, während die etwas jüngeren Teilnehmer gerne in der Leitstelle an der Leitung der Straßenbahnen mitgewirkt hätten. Nach dem informativen Einblick in die Leitstelle wurde gleich die Pünktlichkeit der KVB mit

CDA SCHLESWIG-HOLSTEIN

CDA fordert von der CDU schärferes soziales Profil

Die CDA hat die CDU Schleswig-Holstein aufgefordert, ihr soziales Profil zu schärfen. Der Landesvorsitzende Werner Kalinka MdL sagte auf dem Jahreskongress in Neumünster, diese Frage werde darüber entscheiden, welchen Erfolg die CDU künftig haben werde. Das Soziale müsse in einer Volkspartei eine gleichermaßen tragende Rolle spielen wie das Wirtschaftliche. Viele Menschen hätten

dem Colonia Express geprüft. Der Colonia Express fuhr pünktlich ab. Die Teilnehmer waren von dem Partyambiente der Bahn sehr angetan. Begeistert wurden auch die reichhaltigen warmen und kalten Buffets registriert. Das Fernsehteam der Deutschen Welle begleitete die Fahrt für einen Vorbericht zum Bundesparteitag der CDU. Sie erlebten eine CDA und CDU Köln, die bei Gesprächen und Interviews kritisch, aber sehr sachlich und gut gelaunt argumentierte. Der Ortsverbandsvorsitzende des OV Dünwald/Höhenhaus Heinz Klein und Oliver Czernik, der Vorstandsvorsitzende der CDA Betriebsgruppe der KVB, konnten sich am Ende der Fahrt besonders freuen und das Lob der Teilnehmer stolz entgegennehmen. Sie mussten versprechen, dass sie bald wieder ein ähnliches Event organisieren. Versprochen!! ■

das Gefühl einer zunehmenden sozialen Kälte in der Gesellschaft. Ihnen müssten Signale gegeben werden, die „im Inhalt und im Stil“ zeigten, dass Politik verstanden habe und zu Korrekturen bereit sei. Kalinka wurde einstimmig im Amt bestätigt. Überzeugende Wiederwahlen gab es auch für seine Stellvertreter Dr. Andres Elendt, Werner Weiss, Holger Diehr und Schatzmeisterin Renate Andresen. Zu Beisitzern wurden Ute Gruchot, Rainer Loosen, Maik Neubacher, Hiltraud Ritter, Karl-Martin Senckel und Marcus Speck gewählt. Der stellv. CDA-Bundesvorsitzende, Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe, würdigte die Arbeit

CDA WÜRTTEMBERG- HOHENZOLLERN

CDA und DGB gemeinsam für Mindestlöhne

Die CDA Württemberg- Hohenzollern und der DGB Südwürttemberg setzen sich gemeinsam für einen Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche ein. Anlässlich der Bezirksvorstandssitzung der CDA Württemberg-Hohenzollern berichtete Bäumler, dass der CDU-Bundesparteitag sowohl die CDA-Anträge zur Bekämpfung der Altersarmut als auch zur Aufnahme der Zeitarbeit ins Arbeitnehmerentgesetz angenommen habe. Mit der FDP müsse jetzt zügig eine Umsetzung der Beschlüsse erreicht werden. Ab 1. Mai gelte für 8 osteuropäische EU-Länder die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Polnische, aber auch deutsche Zeitarbeitsfirmen würden Tarifverträge mit 4 Euro pro Stunde vorbereiten. CDA-Bundesvorstands-

mitglied Heinz Wiese betonte, dass sich die Sozialausschüsse schon immer für menschenwürdige und auskömmliche Arbeit eingesetzt haben.

DGB-Regionssekretär Gottfried Christmann wies darauf hin, dass der immer größer werdende Niedriglohnsektor in Deutschland nicht nur zu Armutslöhnen führe, sondern auch die Finanzierung der Sozialversicherung infrage stelle. Inzwischen bekommen 20 % der Arbeitnehmer weniger als 1.500 Euro monatlich für ihre Arbeit. Damit sei Altersarmut vorprogrammiert, da sich auch nach 45 Beitragsjahren eine Rente von weniger als 600 Euro ergebe. ■



der CDA Schleswig-Holstein, die ein klares Profil habe. In seinem Referat zu den Hartz-IV-Neuregelungen betonte er, dass diese vor allem bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche eröffneten. Die schwarz-gelbe Koalition habe damit Hilfen und Maßnahmen auf den Weg gebracht, zu der SPD und Grüne nicht in der Lage gewesen seien. ■

JUNGE CDA

Die Gründung des RCDS-Instituts und die vier Teilnehmer aus der Jungen CDA

Um gegenseitige Impulse aus Wissenschaft und Wirtschaft zu befördern, gründete der Ring Christlich-Demokratischer Studenten sein eigenes Institut.

Die erste Veranstaltung fokussierte den Extremismus. An diesem Seminar nahmen neben Studenten aus den unterschiedlichsten Fachgebiete-

ten auch vier Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jungen CDA teil. In Workshops befasste man sich mit Fragestellungen, die eine Analyse des Extremismus, konkrete Lösungsansätze für Unternehmen und die Möglichkeit umfassten, über Bildung Extremismus vorzubeugen.

Schon vorab war es dem RCDS ein großes Anliegen, auch die Junge CDA einzubeziehen. Gerade die Junge CDA, die für die Belange der Arbeitnehmerschaft eintritt, war ein idealer Partner. Denn gerade Fragestellungen, die Unternehmen betreffen, sind es wert, dass insbesondere die Arbeitnehmerschaft auch angemessen berücksichtigt wird. Als beispielsweise Maßnahmen zum Schutz der Unternehmen vor Extremisten diskutiert wurden, gab es immer wieder den Appell, im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit die Arbeitnehmerrechte und Arbeitnehmerfreiheiten besonders zu berücksichtigen. Das Fazit war äußerst positiv. Gerade die Vielfalt der Teilnehmer half, eingetretene Denkwege zu überwinden, neue Ideen zu kreieren und Impulse zu setzen – neue Impulse, die vom RCDS und Junger CDA gemeinsam erarbeitet wurden. ■



v.l.n.r.: Vorsitzender Weltnotwerk Otto Meier, Vorsitzender Lenkungsrateausschuss Heribert Kron, KAB Bundesvorsitzende Birgit Zenker, Peter Weiß MdB, WBCA-Generalsekretärin Betina Beate-Betancout, KAB Bundespräses Albin Krämer. Foto: Matthias Rabbe

ARBEITNEHMERGRUPPE & KAB

Peter Weiß sprach mit Vertretern christlich-sozialer Verbände über die internationale Rolle der Sozialen Marktwirtschaft

Die christlich-soziale Idee erlebt national und international eine Neubelebung, wenn es darum geht, die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten. Darin waren sich der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß und die Mitglieder der Bundesleitung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) sowie der Generalsekretär der Weltbewegung christlicher Arbeitnehmer (WBCA) bei ihrem Treffen Mitte November in Köln einig. Peter

Weiß erklärte, dass die Finanz- und Kapitalmarktkrise offenbart habe, dass nur eine internationale Soziale Marktwirtschaft für einen gerechten Ausgleich und für eine Regulierung der Märkte sorgen könne. Hier sehe er eine zentrale Aufgabe für die christlich-sozialen Verbände. Die Vertreter der KAB stellten dem Vorsitzenden auch die Projektarbeit des Weltnotwerks vor, mit dem sich deutsche KAB-Gruppen in der internationalen Arbeit engagieren. ■

CDA RUHRGEBIET

Landskrone geehrt

Anlässlich der CDA-Bezirkstagung Ruhrgebiet in Recklinghausen wurde der Kreisvorsitzende der CDA Essen, Dieter Landskrone, für seine 40-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Die Ehrung nahmen der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag NRW und CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann MdL und der CDA-Bezirksvorsitzende Ruhrgebiet Andreas Schlüter vor. Karl-Josef Laumann würdigte die Arbeit und den stetigen Einsatz Dieter Lands-

krones für die CDA. Laumann hob auch die unermüdliche ehrenamtliche Arbeit des Kollegen, hier vor allem seine Tätigkeit als Ombudsmann bei den Rheinischen Kliniken Essen des LVR für psychisch Kranke und drogenabhängige Menschen, hervor. ■

ARBEITNEHMER-ZENTRUM KÖNIGSWINTER

Der Architekt der Einheit zu Gast

Über 100 Besucher hatten am 04.11.2010 im Konferenzsaal der Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. die Chance, die historischen Etappen der Deutschen Einheit noch einmal zu erleben.

Ohne jede Frage ist Lothar de Maizière einer der besten Zeitzeugen für den Wandel und die friedliche Revolution in der DDR. De Maizière nahm die Zuhörer auf die Etappen mit, die von den freien Wahlen über den Einigungsvertrag bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik reichten. Der Beitritt über den alten Artikel 23 des Grundgesetzes machte die Einheit in Freiheit möglich. De Maizière berichtete über Widerstände, die sich gegen die Einheit - nicht nur durch die UdSSR - ergaben, sondern auch unter den Westmächten existierten.

Die Regierung unter Lothar de Maizière ließ sich nicht beirren und durch die Wiedereinführung der Länder und durch die Kommunalwahlen wurden wichtige Grundsteine auf dem Weg zur Einheit gelegt.

De Maizières Rede wurde immer wieder von Beifall unterbrochen. Der Vorsitzende der Stiftung CSP dankte dem Referenten für sein Engagement, ohne das die Deutsche Einheit kaum so zielstrebig und konsequent realisiert worden wäre. Werner Schreiber nannte ihn den Architekten der Deutschen Einheit. ■

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN UND OSTWESTFALEN-LIPPE

Bundesminister a. D. Klaus Töpfer wirbt für mehr Nachhaltigkeit

Die Bezirksvorsitzende der CDA in Ostwestfalen-Lippe, Angelika Gemkow, zeigte sich sehr glücklich: ein gefüllter Saal und Anmelderekord beim 15. Neujahrstreffen der CDA-Verbände NRW und OWL im Haus des Kirchenkreises in Bielefeld. In den Grußworten ging der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der CDA,

Dr. Ralf Brauksiepe MdB, auf den Verlauf des vergangenen Jahres ein. Trotz guter Arbeit sei die schwarz-gelbe Landesregierung nicht im Amt bestätigt worden. Rekordverschuldung und Tolerierung der neuen Minderheitsregierung durch eine Partei, die derzeit über neue Wege zum Kommunismus diskutiere, prägen das aktuelle Bild Nordrhein-Westfalens. Dadurch „wird allerdings auch deutlich, wie sehr wir dennoch, gerade auch als CDAler, an einer Politik mit christlichem Menschenbild und einer gelebten Sozialpartnerschaft auch in schwierigen Zeiten festhalten müssen“. Der heimische Europaabgeordnete und EU-CDA-Präsident Elmar Brok stellte

die europäische Verantwortung in den Mittelpunkt und mahnte mit Blick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu mehr Gemeinsamkeit. Bundesminister a. D. Professor Klaus Töpfer stellte seine Ausführungen unter das Motto des diesjährigen Neujahrsempfang: „Meine Welt heißt Verantwortung“. Die Finanzkrise habe deutlich gemacht, wie sehr sie unter einem „Offenbarungseid des Kurzfristigen“ gestanden hätte. Mit Blick auf kommende Generationen mahnte er an, Kostenverschiebungen mit härteren Konsequenzen zu ahnden. Er warb vielmehr für eine Kultur des Hinsehens, was auch die Ressource Erde betreffen würde. Der UN-Umweltexperte forderte zum nachhaltigen Denken auf, denn schließlich dürfe es „keine Entwicklung auf Kosten der Natur geben“. ■

CDA IN NIEDERSACHSEN

Fachgespräch mit dem Staatssekretär Thomas Kossendey zur Zukunft der Bundeswehr

Die Zukunft der Bundeswehr und des Wehrdienstes sind Themen, die innerhalb unserer Partei sowie weit darüber hinaus derzeit intensiv diskutiert werden. Auch die CDA hat sich dieser Problematik angenommen und zu einem ersten Fachgespräch eingeladen.

Als Ansprechpartner konnte der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Kossendey MdB, gewonnen werden. Er hatte bereits im Vorfeld zugesagt, uns bei den Beratungen zu begleiten. Da die CDU-Sozialausschüsse gerade auch den zivilen Bereich mit den direkt Beschäftigten sowie dem vor- und

nachgelagerten Bereichen in den Blick nehmen will, nahmen neben Vertretern des Deutschen Bundeswehrverbandes auch die Verbandsvertreter der Arbeitnehmer der Bundeswehr VAB und der Beamten der Bundeswehr vbb teil.

Für die Bundes-CDA war eigens der Bundesvorsitzende der AG-Bundeswehr Martin Berg aus Bonn angereist. Einig waren sich alle, dass die Diskussion um den Personalabbau zu sehr auf die „Uniformträger“ fokussiert ist und dort aufgrund der Besoldung und Vergütung weitaus größere Sorgen und Nöte aufkommen. ■

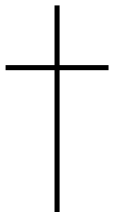
Namen und Nachrichten

+++ Die CDA-Bremen bietet wieder eine aktuelle Internetpräsenz: www.cda-bremen.de. Die Seite informiert fortlaufend über aktuelle Themen aus dem Landesverband sowie der Kreisverbände. +++

+++ **Margarete Rehm** aus Lüdenscheid ist einstimmig wieder zur Vorsitzenden der CDA im märkischen Kreis gewählt worden. +++

+++ Im feierlichen Rahmen haben die Essener CDU-Sozialausschüsse langjährige Mitglieder geehrt. Die Ehrung wurde vom stellvertretenden CDA-Landsvorsitzenden **Hubert Kleff MdL** und dem CDA-Kreisvorsitzenden **Dieter Landskrone** vorgenommen. Für ihre besonderen Verdienste erhielten die Jubilare eine Ehrenurkunde und Ehrennadel. Im Mittelpunkt der Jubilarsfeier stand der ehemalige CDA-Sozialsekretär und spätere CDU-Kreisgeschäftsführer **Willi Kierdorf**, der seit Januar 1947 der Essener CDA angehört. +++

+++ Die IG Metall Karlsruhe und die CDA Karlsruhe-Stadt warnen gemeinsam vor einer starken Zunahme der Altersarmut in Deutschland. „Politik und Wirtschaft müssen dringend gegensteuern“, stimmten der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Karlsruhe, **Angel Stürmlinger**, die CDA-Kreisvorsitzende **Karin Möhle** und der CDA-Landesvorsitzende **Christian Bäumler** bei einem Treffen mit dem Karlsruher CDA-Kreisvorstand überein. „Niedrige Renten sind insbesondere die Folge von niedrigen Löhnen.“ +++



Helmut Lenz verstorben

Die CDA Deutschlands trauert um Helmut Lenz, der am 24. Dezember 2010 im Alter von 80 Jahren verstorben ist.

Helmut Lenz wurde am 31. Januar 1930 in Montabaur geboren. Seit 1963 engagierte er sich aktiv in den CDU-Sozialausschüssen. Er war von 1967 bis 1990 stellvertretender Vorsitzender der CDA Hessen und baute dort die DGB AG auf. Er übernahm den Vorsitz der DGB AG in Hessen und war Mitglied im Bundesvorstand der DGB AG. Zwischen 1980 und 1990 war er zeitweilig Vorsitzender des Bundesschiedsgerichts der CDA. Von 1970 bis 1991 machte er sich für die Anliegen der CDA als Abgeordneter im Hessischen Landtag stark. Er wurde unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz I. Klasse ausgezeichnet.

Die CDA ist Helmut Lenz zu großem Dank verpflichtet. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Die CDA wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

Heute: Egbert von Frankenberg



Egbert von Frankenberg

Geboren am 5. August 1967 in Hamburg, verheiratet, zwei Kinder; zurzeit als Lehrer an einer Hamburger Grundschule tätig.

1983 Eintritt in die CDU; seit 1991 Mitglied der CDA, 1993-2003 stellv. CDA-Landesvorsitzender, seit 2003 CDA-Landesvorsitzender, seit 2007 Mitglied im CDA-Bundesvorstand; seit 2004 Mitglied des CDU-Landesvorstands.

1997-2001 und 2003-2004 Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek, seit 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, seit 2008 sozial-politischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

1. Wieso bist Du in der CDA?

Die CDA gibt die richtigen Antworten auf die Frage, wie auch in schwierigen Zeiten der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt werden kann.

2. Worüber, worauf freust Du Dich?

Gemeinsam mit meiner Frau und meinen Kindern verbrachte Zeit.

3. Was gibt Dir Kraft?

Meine Familie.

4. Wovor hast Du Angst?

Mir bereiten radikalisierte politische Wirrköpfe von Links- und Rechtsaußen sowie Fanatiker Sorge, die unter dem Deckmantel von Religionen Unfrieden stiften.

5. Was heißt Arbeit für dich?

Arbeit ist für mich nicht einfach ein Produktionsfaktor. Der Mensch mit seiner Würde muss im Mittelpunkt stehen.

5. Dein Buchtipp?

Wolf von Lojewski: „Meine Heimat – Deine Heimat: Ostpreußen“; ich teile die Aussage, dass wir nicht einfach einen Teil unserer Geschichte vergessen dürfen und war überrascht, dass der Autor Orte beschrieben hat, die ich ebenfalls bereist habe.

7. Mit welchem Promi möchtest Du Dich gerne mal in Ruhe unterhalten?

Ich würde mich sehr gerne einmal mit dem amerikanischen Ökonomen Robert Solow oder Joseph Stiglitz

über Arbeitslosigkeit und Mindestlohn unterhalten.

8. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Musik der 70er- bis Mitte der 90er-Jahre.

9. Dein Leibgericht?

Frühjahr: Spargel mit Schinken.

Sommer: Gegrilltes.

Herbst: Grünkohl.

Winter: Braten mit Rotkohl und Klößen.

10. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

Schleswig-Holstein.

11. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Wir konnten den Schutz für vernachlässigte Kinder in den letzten Jahren in Hamburg deutlich verbessern.

12. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Wenn Kinder schon von Geburt an keine Chance auf Würde und Teilhabe bekommen.

13. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Investitionen in Infrastruktur sowie Forschung und Bildung, um den Standort Deutschland zu stärken; dringend benötigte Ausrüstung, die der Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten im Ausland dient ■

Einmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!



CDA

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ☐ ja ☐ nein

Als Aufnahme spende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

☐ einmal jährlich

☐ zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____
(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

- > Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €
- > Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €
- > CDU-Mitglieder: 4,10 €
- > Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben: 2,60 €
- > Auszubildende, Schüler/innen, Studenten/innen, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien
sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).